

Die Herausforderung der Neutralität

Angriffe auf zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland



Es ist besorgniserregend, wie in Deutschland zivilgesellschaftliche Initiativen eingeschränkt und demokratische Grundwerte gefährdet werden. Der Begriff *Shrinking Spaces* beschreibt die Situation, in der staatliche und nicht staatliche Akteur*innen gezielt Hindernisse schaffen, um das Wirken zivilgesellschaftlicher Organisationen zu erschweren und ihnen so den Handlungsspielraum nehmen. Zu den Methoden zählen die Kriminalisierung von Aktivist*innen, bürokratische Hürden, Einschüchterung durch rechte Akteur*innen und hetzerische und populistische Rhetorik, die den Dialog behindert.¹

■ Sind sie zu laut, müssen zivilgesellschaftliche Organisationen um ihren Status der Gemeinnützigkeit bangen.

Das Aufleben rassistischer Ideologien in der Öffentlichkeit sowie der Einfluss der AfD auf das politische Geschehen treiben nicht nur die Spaltung innerhalb der Gesellschaft voran, sondern zwingen auch solidarische Organisationen, die für Vielfalt und Toleranz eintreten, dazu, ihre Stimmen deutlich(er) zu erheben, um Gehör zu finden. Diese Notwendigkeit bringt allerdings auch Risiken mit sich. Sind sie zu laut, müssen zivilgesellschaftliche Organisationen um ihren Status der Gemeinnützigkeit bangen und sind in der Konsequenz in ihrer Existenz bedroht.

Jedoch bleibt sowohl das Demokratiefördergesetz bislang nur ein Entwurf als auch eine umfassende Reform des Gemeinnützigkeitsrechts aus. Gemeinnützige Organisationen müssen parteipolitisch neutral sein, was aufgrund der ungenauen Definition von „politisch“ problematisch ist. Politische Themen sind vielfältig und können Fragen sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechte und vieles mehr beinhalten. Der unklare Rechtsrahmen wird von extremistischen Gruppen genutzt, um Organisationen zu schikanieren – teilweise

mit Erfolg. Durch das aktuelle Gemeinnützigkeitsrecht bekommt „politische Haltung den Ruch des Illegalen. Und das ist nichts anderes als eine Steilvorlage für die extreme Rechte, die sie schon jetzt fleißig nutzt.“²

In Deutschland ist die politische Meinungsbildung stark parteigesteuert, wodurch die Zivilgesellschaft oft nicht als gleichwertige Akteurin anerkannt wird. Angesichts sinkender Mitgliederzahlen in Parteien wird ein aktives Verständnis von Zivilgesellschaft allerdings immer wichtiger und sollte als selbstverständliches Mittel zur Stärkung der Demokratie von der Politik anerkannt werden. Die restriktiven Rahmenbedingungen hindern Organisationen daran, politisch aktiv zu sein, was ein Klima der Angst vor rechtlichen Konsequenzen und dem Verlust von Förderungen schafft.³

Und die rechtlichen Einschränkungen nehmen zu: Gesetze werden missbraucht, um das zivilgesellschaftliche Engagement zu begrenzen. Beispiele wie die Präventivhaft von Aktivist*innen der Letzten Generation im Jahr 2023 zeigen den problematischen Umgang mit öffentlichem Protest. Verbale sowie körperliche Angriffe auf Aktivist*innen und Organisationen stellen eine ernsthafte Bedrohung dar.

■ In Deutschland ist die politische Meinungsbildung stark parteigesteuert, wodurch die Zivilgesellschaft oft nicht als gleichwertige Akteurin anerkannt wird.

In einem offenen Brief an Bundeskanzler Scholz forderten über 100 Vereine, darunter Sport- und Wohlfahrtsverbände, eine dringende Reform des Gemeinnützigkeitsrechts in Deutschland, um das Engagement für Demokratie in Deutschland zu schützen. Die Unterzeichner*innen sind besorgt,



Berenike Pokatis

0431 56 02 - 44

pokatis@paritaet-sh.org

Leichte Sprache ist nicht einfach!?!

dass ihre Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und für demokratische Werte durch die aktuelle Gesetzeslage gefährdet sind, wenn das Finanzamt ihre Gemeinnützigkeit anzweifelt. Sie fordern, dass der Einsatz für Menschenrechte und Antidiskriminierung als gemeinnütziger Zweck anerkannt wird, sowie Rechtssicherheit für politisch engagierte Vereine.⁴

Die Unsicherheit, in der viele gemeinnützige Organisationen heute leben, hat gravierende Folgen. Vereine, die sich nicht de facto politisch betätigen, aber deren Werte heute stärker infrage gestellt werden – Beispiel Inklusion –, sind es womöglich weniger gewohnt, sich zu positionieren. Das Stillbleiben oder der Rückzug aus der öffentlichen Diskussion und die Erosion zivilgesellschaftlichen Engagements führen dazu, dass rassistische und diskriminierende Äußerungen ungehindert verbreitet werden können. Dies gefährdet nicht nur die demokratische Kultur, sondern auch den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Ein anschauliches Beispiel ist der populistische Diskurs über Migration, der zahlreiche Organisationen, die sich für Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichten engagieren, unter Druck setzt und teilweise eine Gefahr für Leib und Leben der Engagierten bedeutet.

Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, sind Maßnahmen wie Aufklärungsarbeit, rechtliche Beratung, Netzwerkbildung, proaktive Öffentlichkeitsarbeit sowie die Förderung von Diversität und Inklusion innerhalb der Organisationen erforderlich. Die Politik muss einen rechtlich und förderpolitisch sicheren Rahmen schaffen, damit eine engagierte Zivilgesellschaft den demokratischen Raum und den gesellschaftlichen Zusammenhalt tatsächlich stärken kann. Erfolgt dies nicht, drohen langfristig Strukturen zu zerbrechen, die für das demokratische Gefüge in Deutschland essenziell sind. •

-
- 1 <https://www.fes.de/akademie-management-und-politik/themen-im-fokus/shrinking-spaces-zivilgesellschaft-unter-druck> (letzter Zugriff: 20.11.2024).
 - 2 <https://taz.de/AfD-attackiert-gemeinnuetzige-Vereine/!6016251/> (letzter Zugriff: 20.11.2024).
 - 3 <https://www.fes.de/akademie-management-und-politik/veroeffentlichungen/mup-interviews/zivilgesellschaft-ist-der-ort-an-dem-partizipation-stattfindet> (letzter Zugriff: 20.11.2024).
 - 4 <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/vereine-schreiben-wegen-gemeinnuetzigkeit-an-bundeskanzler-olaf-scholz/> (letzter Zugriff: 20.11.2024).

Sie wollen Informationen verständlich für alle vermitteln? Dabei helfen Texte in einfacher oder Leichter Sprache.

Für viele Menschen sind bereits alltägliche Texte schwer verständlich. Die Universität Hamburg hat in Leo-Studien Lesefähigkeit untersucht. Fast 7,5 Millionen deutsche Erwerbstätige verstehen einfache Texte nicht. Weitere 13 Millionen haben Probleme beim Schreiben üblicher Worte. Sie alle sind mögliche Zielpersonen für einfache Sprache. Sie hilft zum Beispiel Menschen mit geringer Lesekompetenz oder Demenz und beim Lernen der Sprache. Die Leserschaft erhält, was sie braucht, kann es leicht finden und versteht, was sie findet, um die Informationen nutzen zu können.

Leichte Sprache hat wesentlich weitere Funktionen. Sie ist speziell für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, gemeinsam mit diesen entwickelt und ermöglicht grundlegend Teilhabe und Selbstbestimmung als Sprachvarietät auf einfachstem Kompetenzniveau.

Leichte Sprache ist kein „Deutsch für Dumme“. Sie hat Regeln zu Worten, Sätzen, Gestaltung und Erstellung für geschriebene Texte und das gesprochene Wort. Ihre Texte sollen unter Beteiligung der Menschen der Hauptzielgruppe entstehen.

Für „gute“ Leichte Sprache muss man deren Regeln und Grundlagen kennen. Dies muss durch Qualifizierungen, möglichst unter Beteiligung von Peers, geschehen. •



Funktionaler Analphabetismus in Deutschland.
Ergebnis der ersten Leo-Level-One-Studie

André Delor

Lebenshilfe Schleswig-Holstein

Inklusionsbüro und Institut für Leichte Sprache

Kehdenstraße 2-10, 24107 Kiel

0431 66118 22

delor@lebenshilfe-sh.de

www.lebenshilfe-sh.de/service/institut-fuer-leichte-sprache/